

## NACHRICHTEN

### HTWG

#### Bund fördert Aufbau von China-Zentrum

China ist ein wichtiger Partner der deutschen Wirtschaft. Das Bundesministerium für Forschung und Bildung hatte deshalb im Rahmen seiner Strategie zur Zusammenarbeit mit China in Forschung, Wissenschaft und Bildung aufgerufen, „innovative Konzepte zum Ausbau der China-Kompetenz an deutschen Hochschulen“ einzureichen. Die Konstanz HTWG hat mit einem Konzept überzeugt. Über drei Jahre erhält sie gesamt 530 000 Euro für den Aufbau eines China-Zentrums. Dabei hatte die Hochschule laut einer Pressemitteilung mit bisheriger Erfahrung gepunktet, etwa dem weithin einzigartigen Studiengang Wirtschaftssprachen Asien mit Schwerpunkt China. Das China-Zentrum will ein hochschulweites Angebot für Studierende, Lehrende sowie Beschäftigte machen. Am Mittwoch, 12. Dezember, feiert es ab 12.30 Uhr im Gebäude P seine Eröffnung.

### WEIHNACHTSMARKT

#### Schon wieder Diebstahl auf Weihnachtsmarkt

Bei der Polizei ist eine weitere Anzeige wegen Taschendiebstahls auf dem Konstanz Weihnachtsmarkt eingegangen, wie es in einem Pressebericht heißt. Der Fall habe sich bereits am Samstagmorgen ereignet und sei erst nachträglich bekannt geworden. Ein Unbekannter habe einem Besucher aus der Jackentasche die Geldbörse mit mehreren hundert Euro Bargeld gestohlen. Taschendiebe suchten häufig das Gedränge, um ihre Straftaten begehen zu können, erklärt die Polizei. Deshalb sollten nur so viel Bares und Geldkarten wie notwendig auf den Weihnachtsmarkt mitgenommen und möglichst eng am Körper getragen werden.

### WOLLMATINGEN

#### Herdplatte Grund für Feuerwehreinsatz

Der Alarm eines Rauchmelders führte am Dienstagabend zu einem Feuerwehreinsatz in einer Wohnung eines Mehrfamiliengebäudes an der Magdeburger Straße. Die Feuerwehr verschaffte sich laut Pressebericht der Polizei Zutritt und stieß auf eine eingeschaltete Herdplatte, auf der ein Gegenstand lag und Rauch entwickelte. Eine Belüftung der Wohnung habe erreicht. Die Bewohner seien abwesend gewesen.

## 381 Schüler wohnen in der Schweiz

- Warum ein Ratsbeschluss nicht zu Rückgang führte
- Eltern beschwerten sich kaum mehr bei Schulen



VON BENJAMIN BRUMM  
benjamin.brumm@suedkurier.de

**Konstanz** – Genau 7955 Kinder und Jugendliche besuchen aktuell eine städtische Schule in Konstanz, davon haben aber nur 6222 ihren Wohnsitz auch in der Stadt. Selbst wenn man die Zahl jener Schüler aus den Teilorten Dettingen-Wallhausen, Litzelstetten und Dingseldorf abzieht, bleiben mehr als 1000 ohne Konstanz Wohnsitz übrig. Die meisten der auswärtigen Schüler – exakt 381 – leben mit ihren Eltern in der Schweiz. Ungerechnet auf die Gesamtzahl besitzt damit knapp jeder 20. Schüler einen Wohnort in der benachbarten Grenzregion. Oder: pro Klasse einer.

Interessant wird dies vor dem Hintergrund eines Gemeinderatsbeschlusses vor fünf Jahren: Ab dem Schuljahr 2014/15 sollten in Konstanz zunächst Kinder aufgenommen werden, die ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg haben. „Sofern in den dann gebildeten Klassen noch Plätze vorhanden sind, können auch Kinder aufgenommen werden, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben“, so die Empfehlung des Gemeinderats. Damals wohnten 305 von 7745 Konstanz Schülern in der Schweiz, ein Anteil von knapp vier Prozent – weniger als heute also.

Der zuständige Schulausschuss war in seinen Vorberatungen noch weiter gegangen und hatte einen generellen Aufnahmestopp an Grundschulen für Kinder mit Schweizer Wohnsitz empfohlen. Der Vorstoß sorgte für von der Stadtverwaltung unerwartetes Aufsehen. 400 Eltern unterzeichneten eine Petition mit der Forderung: freie Schulpflicht für deutsche Kinder mit Schweizer Wohnsitz. Einige Kritiker warfen der Stadt vor, gegen die Kultur des grenzfreien Raums zu entscheiden; teils wurde gar von Rassismus gesprochen. Das Kultusministerium und das Regierungspräsidium Freiburg als Aufsichtsbehörde äußerten Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit eines solchen Aufnahmestops, die bis zu verwaltungsgerichtlichen Klagen gegen das Land führen könnten.

Angewandt wird seither die abgespeckte Version. Eltern mit Schweizer Wohnsitz erhalten erst dann eine Zusage, wenn alle aus Baden-Württemberg bedient sind. Fünf Jahre später stellt sich angesichts der Statistik die Frage: Hätte es diese Regelung überhaupt gebraucht? Nach wie vor wohnen 62 Konstanz Grundschüler in der Schweiz, elf von ihnen wurden im September eingeschult. Bei den Gymnasien kamen 19 Fünftklässler aus der Schweiz

hinzu, insgesamt besuchen damit 249 Schüler mit Schweizer Wohnsitz – oder jeder achte – ein Konstanz Gymnasium. Die Verteilung ist dabei sehr unterschiedlich. Lagebedingt sind vor allem die innerstädtischen Grundschulen im Wallgut und vor allem die Stephansschule begehrt. Deren Rektor Andreas Hipp hält die jetzige Regelung für sinnvoll: „Das Konstanz Eltern vorrangig behandelt werden, ist nur fair. Sie bezahlen schließlich auch hier Steuern.“ Insgesamt erlebe er seit der aufgeregten Diskussion vor fünf Jahren eine Versachlichung. „Beschwerden gibt es keine. Weder von Bürgern mit Wohnsitz auf deutscher noch auf Schweizer Seite, wenn es zu einer Absage kommt.“

Die erteilt auch das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium – und zwar auch an Eltern mit deutschem Wohnsitz. Fünf Eingangsklassen wurden dort zum aktuellen Schuljahr gebildet, dennoch mussten rund 20 Eltern auf andere Schulen in Konstanz ausweichen, erklärt Schulleiter Jürgen Kaz. Eltern fragten dann mitunter nach, ob die Schulleitung auch alle Regeln und Kriterien eingehalten habe. „Die Frage ist legitim“, sagt Kaz. Eine solche Nachfrage könne lauten: Wie kann es sein, dass mein Kind nicht ans Humboldt darf, aber eines mit Schweizer Wohnsitz schon? Es gibt doch eine Vorrangregelung. Im laufenden Schuljahr geschah dies dreimal. „Das sind allesamt Geschwisterkinder“, erklärt Jürgen Kaz. Für sie gilt eine Ausnahme von der Regel, sofern eine ältere Schwester oder ein Bruder bereits das Humboldt besucht. „Ansonsten hätten wir auch sie nicht annehmen können“, so Kaz.

Die Aufregung, die bis zur Androhung von Gerichtsklagen reichte, habe sich stark beruhigt in den vergangenen Jahren – da gleiche sich seine Einschätzung mit der seines Kollegen Andreas Hipp. „Das das überhaupt so hochkocht, mache ich an der teilweise herrschenden Stimmung gegenüber Schweizern in Konstanz allgemein fest“, so Kaz. Wechselseitige Biografien im Grenzgebiet begleite das Humboldt seit seiner Gründung. „Es war immer so, dass bis zu zehn Prozent unserer Schüler in der Schweiz lebten“, fasst Kaz zusammen. Dass deren Eltern grundsätzlich Interesse an einem Schulbesuch in Konstanz haben, macht Andreas Hipp von der Stephansschule auch am angespannten Wohnungsmarkt fest: „Es gibt Eltern, die in der Schweiz wohnen, weil sie hier nichts finden, mittelfristig aber nach Konstanz ziehen wollen. Logischerweise wollen sie ihren Nachwuchs dann von vornherein auch dort anmelden.“



BILD: STOCK.ADOBE.COM



„Das Konstanz Eltern vorrangig behandelt werden, ist nur fair. Sie bezahlen schließlich auch hier Steuern.“

Andreas Hipp, Leiter der Stephansschule



„Es war immer so, dass bis zu zehn Prozent unserer Schüler in der Schweiz lebten.“

Jürgen Kaz, Leiter des Humboldt-Gymnasiums

### Deutsche im Thurgau

Fast jeder dritte ausländische Einwohner des Kantons Thurgau ist deutscher Staatsbürger, insgesamt lebten im Nachbaranton im Jahr 2017 circa 22 000 Deutsche. Die Gesamteinwohnerzahl lag bei rund 273 000. Deutsche sind mit Abstand die größte ausländische Bevölkerungsgruppe im Thurgau.

Im Bezirk Kreuzlingen – vergleichbar mit einem deutschen Landkreis – ist das Verhältnis zwischen deutscher und einheimischer Bevölkerung noch deutlicher: Über 11 000 Einwohner sind Deutsche, das sind nur etwas weniger als die Hälfte der rund 28 000 mit Schweizer Staatsangehörigkeit. Insgesamt leben im Bezirk Kreuzlingen 19 200 Ausländer. (bbr)



So soll es bald aussehen, das Egelseebad. Der Entwurf stammt von Diego Gähler von Gähler Flühler Architekten aus St. Gallen. BILD: STADT KREUZLINGEN

## Auf dem Weg zum neuen Bad

Im zweiten Anlauf kann Kreuzlingen nun rasch am Aus- und Umbau des bei Konstanzern beliebten Egelseebads weiterplanen

### VON PHILIPP ZIEGER

**Kreuzlingen** – Eine künftige Großbaustelle hat die nächste Hürde genommen: Die Planungen für den Um- und Ausbau des Egelseebads in Kreuzlingen können in die nächste Runde gehen. Dass es so rasch passiert, ist in der Schweiz nicht selbstverständlich, weil Einsprüche gegen Bauvorhaben diese immens verzögern können.

Das hatte der geplante Neubau des Herz-Neuro-Zentrums in Münsterlingen gezeigt. Der auf einen Einspruch eines Nachbarn basierende Rechtsstreit

mit Gerichtsentscheid war erst nach Jahren erledigt. Bei der Vergrößerung und Sanierung des Kreuzlinger Egelseebads stellten sich Sekundarschulgemeinde und Stadt Kreuzlingen keine Proteste von Anwohnern in den Weg. Somit rechnen die Bauherren mit der Einreichung eines Baugesuchs Ende des kommenden Jahres. Für Ende Januar erwartet Kreuzlingen, wie die städtische Pressestelle mitteilte, eine Entscheidung des Kantons über die beabsichtigte Dimension und Platzierung des Bauvorhabens.

Für Kreuzlingen ist der Um- und Ausbau des Egelseebads ein großes Projekt. Im März hatten die Bürger einem Kredit über 35,5 Millionen Franken (rund 31,3 Millionen Euro) zugestimmt. Ein erster Bürgerentscheid war mit Verweis auf die künftige Finanzlage der Stadt ne-

gativ ausgefallen. Im zweiten Anlauf klappte es, und Architekt Diego Gähler setzte sich 2016 in einem Wettbewerb mit seinem Entwurf mit dem Namen „Natare“ durch. Fachplaner sind bereits beauftragt. Die Einrichtung soll ein Bad für Familie, Freizeit und Schule werden. 25,4 Millionen Franken werden für den Erweiterungsbau und 10,1 Millionen für die Bestandssanierung veranschlagt. Im Neubau ist ein 25 auf 25 Meter großes und unterteilbares sowie für Wettkämpfe geeignetes Sportbecken geplant. Der Zwischentrakt zum Altbau soll Bistro, Dampfbad, Erlebnisduchen und Ruheräume beinhalten. Im Altbestand sind ein vergrößerter Kleinkind-Bereich, eine Riesenrutsche, ein Sprungbereich sowie ein Thermalbecken mit Sprudelliegen und Wasserdüsen vorgesehen.